



Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion des CPÖ/KAI
Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail: slp@cpoe.or.at

Sozialraub stoppen!



Vor dem 13. Oktober versprach die SPÖ, „Die starke Stimme für Arbeitsplätze“ zu sein, nach der Wahl diskutiert sie neue Kürzungen. Neben der Rekordarbeitslosigkeit bedroht Belastungspaket Nummer 3 ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Der Fall Semperit, die Kündigungen bei Amatil und Wirtschaftskammer-Präsident Maderthanners sechs Punkte zur „Reduzierung der Lohnnebenkosten“ läuten eine weitere Runde von politischen Angriffen von Kapitalisten und Regierung ein.

Markus Zahradnik,
Schulsprecher GRG XI

Bei den EU-Wahlen hat die SPÖ einen Denkkzettel für ihre Sozialabbaupolitik erhalten: Mehr als 700.000 ehemalige SP-WählerInnen machten oder wählten am 13.10. blau. Die Wut der Arbeitnehmerschaft über das „Sparpaket“ ist groß. Doch Vranitzky, Klima & Co. lernen nichts daraus: Die Regierung arbeitet am nächsten Belastungspaket, denn um die Maastricht-Kriterien erfüllen zu können, sind weitere Milliarden-Kürzungen im Sozial- und Gesund-

heitsbereich geplant. Diesbezügliche Vorschläge: Das Arbeitslosengeld soll nur noch alle drei Jahre an die Inflationsrate angepaßt werden und Ausgleichszulagen für PensionistInnen soll es nur noch geben, wenn diese im Inland leben. Die Belastungspakete 1+2 gehen über die „Reform“ des Gesundheitswesens, über die „Spitalsreform“ nahtlos in Belastungspaket 3+4+5+... über. Das ist nicht polemisch, denn die Wirtschaftskammer fordert z.B., daß Kurzaufenthalte und Krankenstände den ArbeitnehmerInnen Urlaubstage kosten, neue Selbstbehalte in der

Krankenversicherung eingeführt werden sollen, Feiertage reduziert werden und überhaupt: Die Kapitalisten fordern Null-Lohnrunden, Lohnverzicht und Reduzierung der Überstundenzuschläge.

ÖVP im „Sieges“taumel

Obwohl die ÖVP an Stimmen verloren hat, schwebt sie - anscheinend aufgrund ihrer minimalen prozentuellen Zuwächse (1,34 %) - in einem Siegestaumel. Schon am Wahlabend kamen sie mit einer ganzen Latte von Angriffen auf Arbeitslose (für Aussteuern), Beschäftigte (Kürzung bei Überstundenzuschlägen), AusländerInnen und Homosexuelle. Aber das ist erst der Anfang: In der nächsten Zeit sind von dieser Seite weitere Frechheiten zu erwarten. Die ÖVP wird innerhalb der Koalition Druck machen und noch stärker mit der Haider-FPÖ und dem Bürger-

block drohen. Die SPÖ-Führung hat dieser Offensive der Bürgerlichen nichts entgegenzusetzen. Vielmehr will die SPÖ-Führung ihren „erfolgreichen“ neo-liberalen Wirtschaftskurs gemeinsam mit der ÖVP weitergehen. Der neueste Schlag: Neues Arbeitszeit- und Öffnungszeitengesetz - Flexibilisierung im Sinne der Unternehmlicher.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit hat ihren höchsten Stand seit über 40 Jahren erreicht. Diesbezüglich ist die Regierungspolitik zynisch: Es werden zwar keine neuen Jobs geschaffen, dafür aber die Arbeitslosen bestraft. Da der Staat selbst Arbeitsplätze abbaut, verschärft sich die Situation noch: 90 % aller zwischen 1990 und

Sicht der Beschäftigten könnte z.B. eine Arbeitszeitverkürzung neue Arbeitsplätze schaffen. Die Kapitalisten wollen hingegen Arbeitszeitflexibilisierung mit Lohnkürzungen.

Jugend ohne Zukunft

Die heutige Jugend hat tatsächlich „No Future“ in dieser Gesellschaft. Für viele ist Arbeitslosigkeit vorprogrammiert, weil es einfach zuwenig Jobs gibt. Die Privatwirtschaft baut Normal-Arbeitszeitplätze ab, es gibt de facto einen Aufnahmestopp im Öffentlichen Dienst. Im August '96 waren 32.700 Jugendliche ohne Arbeit. Generell steigt die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen stärker als bei anderen Altersgruppen. Auf einen freien Job für AkademikerInnen kommen 31, auf einen freien Job für MaturantInnen gar 35 Suchende. Aber zusätzlich wird noch bei der Bildung und bei sozialen Transferleistungen gespart. Bei den letzten beiden „Sparpaketen“ waren SchülerInnen und StudentInnen besonders stark betroffen. Jetzt sind die Lehrlinge im Visier der Kapitalisten: Sie sind angeblich zu teuer. Die Unternehmer wollen nun, daß die Sozialversicherung nicht mehr sie, sondern die Eltern zahlen sollen. Die Entschädigung für die Zeit in der Berufsschule wollen sie auch gleich abschaffen. Widerstand ist daher ein Gebot der Stunde!



1994 neu geschaffenen Jobs waren im Öffentlichen Dienst oder in vom Staat abhängigen Betrieben. Ohne diese neuen Jobs im öffentlichen Bereich würde die Arbeitslosigkeit bereits über 10 % betragen. Die Vorschläge nach „Flexibilisierung“ werden die Arbeitslosigkeit noch erhöhen. Die Unternehmen rationalisieren zigttausende Arbeitsplätze weg, verlagern die Betriebe und schrumpfen die Produktion. Aus der

Wahlanalyse

FPÖ: Partei der Arbeiter?

USA

Afghanistan

Der Standpunkt

Wo steht die Linke?

Zwei Ereignisse der letzten Zeit werden die politische Entwicklung in Österreich nachhaltig beeinflussen: Die Ergebnisse des 13. Oktober...



von John Evers

Die Sozialistische Offensive Vorwärts hatte für ihre Arbeit klare Prioritäten gesetzt: - Linkes Wahlbündnis bei den EU-Wahlen...

von John Evers, SOV-Bundessprecher

Offene Bilanz

In diesem Vorwärts ziehen wir Bilanz über unser Hauptprojekt der letzten Wochen - den EU-Wahlkampf.

Einige Punkte sind für die SOV dabei aus heutiger Sicht schon relativ klar: 1.) Die Linke kann es sich immer weniger leisten...

Perspektive

So unterschiedlich wir das Abschneiden der beiden linken Bündnisse KPÖ/SOV und BRW beurteilen - einigend ist die gesamtgesellschaftliche Schwäche...

Wahlkatastrophe für die SPÖ

Österreich nach den Wahlen

Das katastrophale Abschneiden der SPÖ geht „zu mindestens fünfzig Prozent auf das Sparpaket“, urteilen Meinungsforscher...



Bei Präsentation der Rechnung

von John Evers, SOV-Bundessprecher

Der Rechtsruck vom 13. Oktober wird nicht ohne Auswirkungen auf die politische Situation bleiben. Die ÖVP fordert einen „Turbo“ für weitere Sozialabbaue.

Richtungstreit in der SPÖ?

Es ist völlig lächerlich, von einem Richtungsstreit in der SPÖ zu sprechen. Die Leute, die als Köpfe ver-

schiedener Richtungen (Klima, Eisen, Nürnberg) genannt werden, stehen alle auf dem Establishment...

Nicht den Faktor in den Sand zu stecken, ist jetzt das Gebot der Stunde. Die Wahlen zeigen auch, daß sich in Österreich eine Menge „im Fluß“ befindet.

Historische Chance vertan

Wärts hat die Zeit rund um die beiden Sparpakete als historische Chance beschrieben: Als Chance für linke Kräfte in der SPÖ...

Mehrheit der FPÖ unter Arbeitern

Arbeiterpartei FPÖ?

ei den EU-Wahlen hat die FPÖ zum erstmalig mehr Stimmen von Arbeitern bekommen als die SPÖ. 50 % der Arbeiter wählten diesmal blau, nur 24 % SPÖ.



Neuer Arbeiter(ver)führer?

von Michael Gnehmacher, SOV-Geschäftssprecher

Gerade in Krisenregionen ist das Ohnmachtsgefühl gegenüber Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg groß. Die alte SPÖ-Politik „des Gegenstrebens“ ist angesichts von EU-Integration und Konzentrationspro-

den keine Arbeitsplätze zur Verteidigung von Arbeitsplätzen führt bzw. sie verhindert (wie der Chef der Chemierbeitergewerkschaft bei Semperit).

mitgezählten und in die Arbeiterklasse hineingetragenen Antikommunismus hat die FPÖ leichtes Spiel, sich als einzige Alternative aufzuspielen. „KPÖ -Wählen? Wir haben doch als Kinder immer für die Partei die KPÖ-Plakate herunterreißen müssen!“

Das Drama ist, daß in das Vakuum, das die SPÖ vielerorts hinterließ, nur die Freiheitlichen eindringen konnten. Programmatisch haben diese nichts mit einer Partei für die Arbei-

Ergebnisse

Die Medien haben viel über die Wahlen berichtet, jedoch nur über die großen, staatsstragenden Parteien. Unsere kleine Liste wurde weitgehend ignoriert.

SOV-Wahlkampf bei den Wahlen zum Europäischen Parlament

Lauter gute Ideen...

Hinter uns liegen 6 harte Wochen Wahlkampf in denen wir täglich auf der StraÙe waren. Aber es geht nicht nur um Präsenz, sondern vor allem darum, Antworten auf die brennenden Fragen unserer Zeit zu geben.

von Sonja Grusch SOV-Kandidatin

Sozialabbau und die rasant steigende Arbeitslosigkeit sind die zentralen Probleme. Überläßt man sie der Lo-

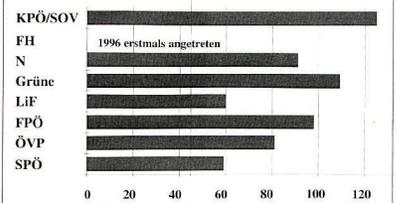


gik des Kapitalismus - und damit der UN und den Maastricht-Kriterien - gibt es dafür keine wirkliche Lösung. Uns war es wichtig, die Funktionsebene und die Grenzen dieses Systems aufzuzeigen.

stand mit und nicht für die Betroffenen zu organisieren. Die Wahlergebnisse geben uns recht: Je aktiver und „buntesüher“ der Wahlkampf war, desto besser das Ergebnis.

Auch so kann Statistik aussehen:

Wieviel Prozent der Stimmen der NR-Wahl '95 konnten die Parteien diesmal erreichen? Die KPÖ/SOV liegt mit 126 % an der Spitze.



Wahlbeteiligung: NR 95: 89,98% EU-Wahl 96: 67,21%

EU-Österreich:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include SPÖ, ÖVP, FPÖ, LIF, Grü, N, FH, KPÖ/SOV.

EU-Wien:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

W. Gemeinderatswahl

Table with 2 columns: Party, GR 96, GR 91. Rows include BRW, KPÖ.

EU-OÖ:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

EU-NÖ:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

EU-Traisirkirchen:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

Was war los im Wahlkampf

Wahlsplitter

„Ihr habt's eh recht...“ von David Schrittmser

Die härtesten, aber auch die wichtigsten Auseinandersetzungen fanden in diesem Wahlkampf für uns auf der Straße statt.

EU-Wien:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

W. Gemeinderatswahl

Table with 2 columns: Party, GR 96, GR 91. Rows include BRW, KPÖ.

EU-OÖ:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

EU-NÖ:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

EU-Traisirkirchen:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

Was war los im Wahlkampf

Wahlsplitter

„Ihr habt's eh recht...“ von David Schrittmser

Der härtesten, aber auch die wichtigsten Auseinandersetzungen fanden in diesem Wahlkampf für uns auf der Straße statt.

EU-Wien:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

W. Gemeinderatswahl

Table with 2 columns: Party, GR 96, GR 91. Rows include BRW, KPÖ.

EU-OÖ:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

EU-NÖ:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

EU-Traisirkirchen:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

Arroganter SPÖler von Sonja Grusch

Salzburg: 1.10.96: Thema: „Arbeitslosigkeit in Europa“: Veranstalter: Die neugegründete Salzburger Arbeitsloseninitiative (SAI).

EU-Wien:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

W. Gemeinderatswahl

Table with 2 columns: Party, GR 96, GR 91. Rows include BRW, KPÖ.

EU-OÖ:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

EU-NÖ:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

EU-Traisirkirchen:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

Rettet das Kapital? von Susanna Stoik

Auch wir von der Ortsgruppe Wr. Neustadt waren beteiligt. Aktivitäten bei der Firma Semperit gegen die bevorstehende Auslagerung der Produktion zu setzen.

EU-Wien:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

W. Gemeinderatswahl

Table with 2 columns: Party, GR 96, GR 91. Rows include BRW, KPÖ.

EU-OÖ:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

EU-NÖ:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

EU-Traisirkirchen:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

Erfolg trotz Regen von Stefan Gnehmfl

2/3 der Aktionen im OÖ-Wahlkampf waren verregnet oder Hilfe kam schnell „Da hab's meinen Schirm, damit's Eure Aktion weitermachen könnt's“ meinte ein Passant.

EU-Wien:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

W. Gemeinderatswahl

Table with 2 columns: Party, GR 96, GR 91. Rows include BRW, KPÖ.

EU-OÖ:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

EU-NÖ:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

EU-Traisirkirchen:

Table with 2 columns: Party, EU-Wahl 1996, NR-Wahl 1995. Rows include KPÖ/SOV, ÖVP.

Die KPÖ und ihre Positionen

KPÖ: Raus aus der EU?



Demonstrationsblock am 1. Mai für die linke Einheit

Den gemeinsamen Wahlkampf mit der KPÖ im Zuge der Wahlen zum EU-Parlament kann die SOV überwiegend positiv bilanzieren. Das Bündnis zwischen KPÖ und SOV setzt in den gemeinsamen Plakaten und Materialien, die unter den zentralen Slogans „International gegen Sozialabbau“ und „Nein zum Europa der Konzerne“ standen, als einzige kandidierende Liste auf eine Ablehnung der kapitalistischen EU-Integration, präsentierte als deren Alternative aber nicht Nationalismus, sondern eine internationale Zusammenarbeit der Linken und der Arbeiterbewegung. Das war unserer Meinung nach die zentrale Botschaft, die die Linke in diesem Wahlkampf zu vermitteln hatte.

von David Mum, SOV-Ortsgruppe Wien West

Die Regierungskonzepte kommen inhaltlich nichts aneinander, außer „Österreichs Interesse“ in der EU zu vertreten. Die FPÖ konnte den EU-Frust auf ihre Mühen lenken, und die Grünen haben zur EU keine klare Position. Die Linke hatte also gute Chancen, sich mit eigenen Standpunkten zu profilieren. Weiters ist es ein Fortschritt, daß sich die KPÖ auf eine gemeinsame internationalistische Wahlplattform stellte, die den gemeinsamen Wahlkampf dominierte. Trat sie doch bisher nur mit Sprechern wie „KPÖ - Immer für Österreich!“ und nach 1994 mit „Neutralität ist Freiheit“ auf.



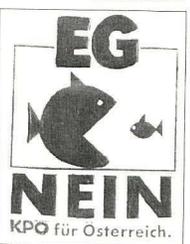
gibt und meint, daß der Austritt machbar ist. Dafür führt er formale Argumente an, die zwar stimmen, aber real nichts aussagen - was wir nach sozialistischen Grundsätzen für einen falschen Blickwinkel halten. Daß sich die Schweiz nicht auf sprah bzw. internationalen imperialistischen Organisationen wie der UNO oder der EU beteiligt, hat nicht den Deut eines fortschrittlichen Charakters, sondern ist zum einen kleinbü-

Teil des kapitalistischen Weltmarktes, egal, ob sie Mitglied der EU ist oder nicht. Angesichts der internationalen Verflechtung des Kapitals und der stattgefundenen Deregulierung werden die nationalen Spielräume immer geringer, die nationalen Regierungen haben immer weniger Handlungsfreiheit bzw. sehen sich, als Folge ihrer Systemintegration, aufzufordern, sich diese Freiheit zu nehmen. Der formale Akt eines Austrittes würde an diesem Zustand nichts ändern. Das nationale Kapital ist kein Bündnispartner, sondern nutzt den Druck des internationalen Kapitals, um eigene Forderungen nach Zurückdrängung von Arbeiterrechten und Senkung der Reallohn durchzusetzen. Die Forderung „Raus aus der EU“ birgt aber eine enorme Gefahr in sich: sie schafft die Illusion, daß allein schon ein Austritt et-

was ändern oder automatisch verbessern könnte. Und sie kann nationalistic interpretiert werden und damit den rechts-nationalistischen Gruppen stellen. Im wesentlichen ist dieser Slogan in Europa recht beschränkt. Auch Teile der Bourgeoisie, die von den wirtschaftlichen Prozessen in der EU bzw. der Währungsunion in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind, verwenden diesen Slogan, gepaart mit dem Ruf nach verstärktem Protektionismus. Diese können solche Ziele aber nur mit Hilfe rechts-populistischer Parteien vertreten, die einen Nationalismus mit Feindseligkeit gegenüber der EU verbinden.

Mythos Neutralität

Genauso abstrakt, wie die Möglichkeiten des EU-Austrittes bewiesen werden, werden Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der Neutralität behandelt. Bisher strebt den Zusammenschluß neutraler Staaten zu einer entmilitarisierten Region in Mitteleuropa als „intelligente Alternative“ zur Osterweiterung der NATO an, da ein neutraler Korridor der Entflechtung und Entspannung militärischer Risiken darstellen würde. Sich Gedanken darüber zu machen, wie die österreichische Regierung die EU verlassen oder die Neutralität weiterentwickeln kann, ohne sich die Frage zu stellen, welche Gruppen in Österreich daran ein Interesse haben



(können) und wie sie dieses durchsetzen sollte, bringt uns nicht weiter. Entscheidend ist die Tatsache, daß die Neutralität für die österreichische Bourgeoisie in Zeiten des Ost - Westkonfliktes eine „Marktische“ mit Vorteilen war, die für sie jetzt weggefallen ist. Damals konnte man mit einer eigenständigen Außenpolitik Geschäfte tätigen, die anderen westeuropäischen kapitalistischen Staaten aus politischen Gründen nicht möglich gewesen sind. Auch sollten sich über die reale Bedeutung der Neutralität nicht zu große Illusionen gemacht werden.

Sozialistische Perspektive fehlt

Auch die sozialistische Perspektive fehlt in der Baierschen Broschüre. Europaweite Protestbewegungen sollen die Regierenden unter Druck setzen, damit diese möglicherweise erkennen, „daß sie die EU und Europa bisher in eine falsche Richtung entwickelt haben“ und den Rückwärtsgang einlegen. Völlig richtig ist das ein, aber das Ziel muß es doch sein, diese Regierenden von der Macht wegzubringen und nicht zu Kurskorrekturen zu bewegen. Ein einziges Mal stellt Baier fest, daß die Durchsetzung sozialer Zielsetzungen nicht ohne einen „Eingriff in diese Verhältnisse, sprich einen gemeinwirtschaftlichen Sektor machbar ist“. Dieser ist zwar möglicherweise wieder ein Rückgriff auf den Kapitalismus der 70er Jahre, die zweifellos noch ein sozialeres Jahr-

zweitens noch ein sozialeres Jahr, zeit waren und größere verstaatlichte Sektoren innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft kann aber selber noch kein hinreichendes Merkmal einer sozialistischen Gesellschaft. Die Forderung nach einem gemeinwirtschaftlichen Sektor kann auch Teil eines Übergangspro-

grammes sein, das über das System hinausweist. Dann ist sie allerdings in eine Beziehung zu den anderen Forderungen zu stellen und ist die Herangehensweise der Linken, sich diesen Zielsetzungen unterzuordnen und anzupassen.

Dennoch, aber einer Veränderung der globalen Machtverhältnisse, sind diese Ziele unerreicherbar. Wenn im Weltmaßstab eine kleine Minderheit in Wohlstand lebt, während Milliarden Menschen in künstlicher Unterentwicklung, Abhängigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung leben, bildet das keine Basis für Zivilisierung durch neutrale Staaten.

Fest steht: Ein kleines, neutrales Österreich hält keinen Staat davon ab, seine ökonomischen, strategischen Interessen und Einflüsse militärisch durchzusetzen. Eine Verminderung von Konfliktsituationen, so ist kein sozialistisches Ziel, wenn sie dem Aufrechterhalten eines unbefriedigenden Status Quo dient.

Bei aller Ablehnung von Illusionen in ein kapitalistisches, neutrales Österreich sind wir aber trotzdem in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation gegen die Abschaffung der Neutralität.

Der Ausweg ist sozialistisch und internationalistisch

Der entsetzliche, deregulierte Kapitalismus hat das Kräfteverhältnis zugunsten des Kapitals und zu Lasten der Arbeiterklasse verschoben. Die Linke und Arbeiterbewegung auf diese Situation adäquate Antworten formulieren und real umsetzen. Das Beispiel Tschechien führt drastisch vor Augen, daß alte sozialdemokratische, nationalstaatliche Rezepte nicht mehr greifen, daß Appelle an das soziale Gewissen von Managern mit „da laßen ja die Hühner“ kommentiert werden.

Das Kapital hat mit seiner Drobung und Umsetzung von Auslagerung der Produktion in Billiglohnländer die Arbeiter gefügig gemacht. Es versteht bestens, die „Standortloge“ für sich zu nutzen und die Belegschaften zu gegenseitigem Untertan zu bringen. Gleichzeitig ist es mit der EU und der Währungsunion ein politisches „Druck- und Machtmittel, die Sozialabbaupolitik voranzutreiben und durchzusetzen.“ Widerstandskämpfe dagegen finden bislang noch im wesentlichen nationalem Rahmen statt. Die fundamentale Aufgabe heißt jetzt, die Proteste und die Linke zu internationalisieren, um der EU und den Multis international gegen Sozialabbau entgegenstehen zu können. Ein neutrales, unabhängiges Österreich als soziale und demokratische Alternative und Vorbild für fortschrittliche Kräfte europaweit ist ein Hirngespinnst, eine Illusion von gestern, die uns als konkretes Ziel - eine falsche Perspektive gibt und von den entscheidenden Prioritäten abhält.

Bilanz unseres Bündnisses

...mit der KPÖ?

Kann man dem Wahlkampf sonst nichts Positives abgewinnen, so gab es doch ein erfreuliches Ereignis: Das Abschneiden des linken Wahlbündnisses KPÖ/SOV. Entgegen oftmaliger Behauptung aus SP-Kreisen, daß man nicht zu „radikal“ sein dürfe, bewies unser Motto „International gegen Sozialabbau“, daß man mit linken, kämpferischen Forderungen Anklang findet und finden kann. Häufig hörten wir während unseres Wahlkampfes: „KPÖ kann ich zwar nicht wählen, aber recht hab' s trotzdem“.

von Katja Arthofer, SOV-Ortsgruppe Wien-Ost

Im nachhinein bilanzierend kann man mit Bestimmtheit sagen, daß das Wahlbündnis ein Erfolg war. Die Ausgangslage dafür war schwierig. Die SOV und KPÖ waren von unterschiedlichen Organisationen von unterschiedlicher Stärke und politischer Ausrichtung. In einer Zusammenarbeit ist die Frage des gegenseitigen Vertrauens ein nicht unwesentlicher Punkt. Dieses Vertrauen wurde jedoch bereits zu Anfang auf eine schwere Probe gestellt. Noch während der Verhandlungen, bei denen stets von einem Listennamen in der Art von „KPÖ - gemeinsam mit anderen Linken“ oder „Kommunisten, Linke und Sozialisten“ gesprochen wurde, flatterten bei vielen KPÖ-Mitgliedern schon die Formulierungen „ins Haus, ins Schließfach“ durch den Kopf. Im Parlament vertretene Gruppe, 2000 beglaubigte Unterstützungsformungen, um zu kandidieren. Die KP-Mitglieder wurden nun aufgefördert, eine Unterstützungserklärung für die Listenbezeichnung „KPÖ“ abzugeben. Obwohl uns stets der Eindruck

nicht überspringen würden. Auf die Frage, warum die KPÖ schon während der Verhandlungen über den Listenamen für die KPÖ Unterstützungserklärungen sammeln und uns davon nicht einmal informiert wurde, wurde mit „dem Apparat, der halt vorgepresht ist“ begründet. Wir haben diese befremdliche Vorgangsweise zur Kenntnis genommen, der Listenname lautete also „KPÖ - aus technischen und terminlichen Gründen“. Die KPÖ verpflichtete sich im Gegenzug dafür, auf allen Materialien den gemeinsamen Charakter der Kandidatur hervorzuheben. Wir erhielten die Möglichkeit, unseren Standpunkt in der Volksstimme und im internen KPÖ-Journal „Argumente“ darzulegen. Ein gemeinsamer Brief wurde auch an alle 2.600 Unterstützer ausgesandt. Problematisch war, daß die KPÖ einen großen Teil ihres eigenen Wahlkampfmaterials bereits produziert hatte und nun Überbleibsel „KPÖ - Gemeinsam mit anderen Linken“ in Auftrag gab. In manchen Bereichen wurden diese Überbleibsel aber nicht eingesetzt.

Der Listenname „KPÖ“ hatte auch negative politische Auswirkungen. Auf der einen Seite waren manche KP-ler sicher froh über die Bewahrung der eigenen Identität. Zu negativ waren da die Erfahrungen mit der Präsentation der „Bewegung Rotes Wien“, wo viele KP-Aktivisten erst aus der Presse erfuhr, daß die KPÖ nicht eigenständig bei den Wiener Gemeinderatswahlen antreten würde. Aber für den Wahlkampf selbst, für die Arbeit auf der Straße, in den Betrieben und unter Jugendlichen hat der Listenname „KPÖ“ die Arbeit erschwert. Viele Passanten waren von dem neuen Bündnis sehr angetan, dann aber enttäuscht, als wir ihnen erklärten, daß die KPÖ ankreuzen müßten. Und viele Linke fühlten sich in ihrer Einschätzung bestätigt, daß man in einem Bündnis mit der KPÖ nur „über



Gemeinsamer Wahlkampfauftritt am Wiener Volksstimme Fest

den Tisch gezogen“ werde. Daß es auch mit einem anderen Listennamen gelungen wäre, viele KP-Aktivisten zu mobilisieren, zeigt vor allem die hervorragende Zusammenarbeit mit der KPÖ-Steiermark (wo uns viele KP-ler noch nicht kannten) und Teilen der KP-NO.

Für den Wahlkampf selbst handelten wir einen „Vertrag“ aus, um klarzumachen, daß es in diesem Bündnis zwei gleichberechtigte Partner gibt und neben dem gemeinsamen „in gleichen Verhältnissen“ ein eigener Wahlkampf von jeder Gruppe geführt wird. Dieser Vertrag wurde bis auf einen nicht unwichtigen Punkt überall eingehalten: KPÖ und SOV verpflichten sich, das gemeinsame Material zumindest im Verhältnis 33,3 - eher KP-Vorsitzender Walter Baier



50 Prozent - zum eigenen einsetzen.“ Die KPÖ erklärte uns dann allerdings, daß sie eigene Inserate „KPÖ kandidiert“ schalten werde. Als wir im gleichen Atemzug gemeinsame Inserate forderten, sagte sie, daß das ja kein „Wahlkampfmaterial im Sinne des Vertrages“ sei. Daran zeigen sich die Gefahren eines Bündnisses mit der KPÖ: Kleinere Gruppen könnten durch die (vor allem im Verhältnis zur Aktivistenzahl) enorme Finanzkraft der KPÖ in die Wand gedrängt werden.

Aber daß Geld nicht alles ist, hat unser eigener Wahlkampf, aber auch jeder einiger aktiv KPÖ-Basisorganisationen gezeigt. In Wien wurde der Wahlkampf über viele Strecken von uns alleine geführt. Die KPÖ hat sich im wesentlichen an einigen unserer Aktionen mit durchschnittlich zwei Gruppen beteiligt. Die zwei großen Ausnahmen in Wien: 1.400 Plakatstände der KPÖ zur EU-Wahl 2.) In der vorletzten Wahlkampfwochen kam es vorzeitig zum Einsatz eines Bühnen-LKW's zu sehr guten gemeinsamen Aktionen.

Die Zusammenarbeit außerhalb Wiens präsentierte sich für uns äußerst unterschiedlich. Sie war oft sehr positiv, was sich dann unter anderem auch in den Ergebnissen ausdrückte. Genannt sei hier zum Beispiel Kapfenberg, wo wir gemeinsam eine medial sehr prägnante Aktion beim SPÖ-Wahlkampfauftritt durchführten. Negatives Schlußlicht in der gemeinsamen Bilanz ist unan-

gefochten die Linzer KP. In Linz kann man von einem gemeinsamen Wahlkampf kaum sprechen, schon eher von Boykott. Schade ist, daß nicht alle Möglichkeiten im Wahlkampf genutzt wurden. Der Erfolg des gemeinsamen Bündnisses hätte noch größer ausfallen können. Hätte die KPÖ für die EU-Wahl dieselbe Energie wie für die Bewegung Rotes Wien aufgebracht, so wäre es wahrscheinlich möglich gewesen, stärker als die reaktionäre Liste „Die Neutralen“ (1,3 %) zu werden. Alleine die Präsenz in der „Volksstimme“, zeigte wie wenig Priorität die KPÖ auf den EU-Wahlkampf im Verhältnis zur „Bewegung Rotes Wien“ legt. Denn es kann man an den Detail-Ergebnissen deutlich ablesen: Dort, wo aktiv Wahlkampf gemacht wurde, dort hat die gemeinsame Liste meist überdurchschnittlich gut abgeschnitten.

Man kann sagen, daß der Versuch einer gemeinsamen Kandidatur gelungen ist. Und das ist Sinn macht, auch mit äußerst bescheidenen Mitteln ins politische Geschehen einzugreifen. Schade ist, daß sich nicht andere linke Gruppen daran beteiligt haben. Das Wahlergebnis zeigt, daß die Linke Zusammenarbeit richtig war. Für die Zukunft ist notwendig, diese Linke Zusammenarbeit deutlich auszuweiten, um gegen den enormen Rechtsruck sichtbare Lösungen anbieten zu können.

Advertisement for 'VORWÄRTS' newspaper, featuring the headline '5 Qualen' and contact information: 0227/824 63 10.

Jugendkongress in Wien am 16.11.1996

Jugend geht in die Offensive

Politiker aller Parteien geben vor, sich besonders für die Jugend einzusetzen. Viele Jugendliche haben davon die Nase mehr als voll, so auch JRE. JRE ist eine Organisation von Jugendlichen, die das Heft selbst in die Hand nehmen wollen. Als erster Schritt findet in der Arena in Wien am 16.11. ein Jugendkongress statt.

von Harald Mahrer, SOV-OG Wien-Süd/Mitte

Die Neuziger brachten für Jugendliche Kürzungen bei der Bildung, steigende Arbeitslosigkeit, und vielen Jugendprojekten wurden die Subventionen gestrichen. Dagegen regte sich in vielen Ländern Europas bereits Widerstand. In Italien, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Schweden, Deutschland und auch in Österreich gingen tausende Jugendliche gegen die Sparmaßnahmen im Bildungsbereich auf die Straße. Sie zeigten, daß sie sehr wohl in der Lage sind, ihre Geschichte selbst in die Hand zu nehmen. An diesem Widerstand gilt es anzuschließen. Das hat sich JRE zur Aufgabe gemacht.

In eigener Sache

SOV 0222 / 524 63 10

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichkeit. Geld ist dem Geld da, es ist nicht nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von 65 130.000,- netto.
Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulation!
Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in die Hände nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
Entschlossener Kampf dem Rassentrennismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus- und inländische Ar-

beiter wieder tausende Jugendliche dem Aufruf der SAP, sich an den Aktionen zu beteiligen. Damit war JRE maßgeblich daran beteiligt, der Regierung ihre Grenzen zu zeigen.

Jugend geht in die Offensive!

Die Medien zeichnen das Bild einer Generation X - teilnahmslos und uninteressiert. Doch wir werden nicht gefragt, ob wir teilnehmen wollen oder nicht. Der Sparwahn trifft alle, egal ob das Geld da ist oder nicht - wir sind also keineswegs teilnahmslos, und interessieren würde uns auch, warum im achteichsten Land der Welt bei den Jugendlichen eingesparrt werden "muß".

Wir haben ein Recht auf leistbare Wohnungen, ordentliche Jobs, eine gesicherte Bildung und freie, unkommerzielle Möglichkeiten für Jugendliche. Wir müssen für unsere Rechte kämpfen und jede Verbesserung unseres Lebensstandards erstreiten, denn die Regierenden wer-

den uns nichts schenken. Im Gegenteil: sie warten schon mit neuen Sparmaßnahmen auf uns.



Der JRE-Jugendkongress

Am 16. November beginnt ein neues Kapitel für JRE. In der Wiener Arena findet ein Jugendkongress unter dem Motto "Jugend in die Offensive" statt. Es geht darum, gemeinsame Anliegen herauszufinden und den Kampf dafür zu organisieren. Wenn Du dich schon vorher näher mit der Kampagne "Jugend in die

Offensive" beschäftigen willst, besuche dir unsere Broschüre zum Thema bei der Redaktion Vorwärts für

TERMINE

- 7.11. „Gibt es Auswege aus der Globalisierungsfalle? Regionalgruppe Niederösterreich
8.11. „Arbeiteraufstand in Ungarn 1956“ Ortsgruppe Wien Nord
11.11. „Globalisierung“, Ortsgruppe Wien Ost
19.11. „Sozialistische Lokalpolitik - Was tun bei den Welser Gemeinderatswahlen 1997?“, Regionalgruppe Oberösterreich
20.11. „Frauen im Islam“ FrauenStammisch
23.11. „Belastungspakt und Schule: Frust statt Lust“, Ortsgruppe Wien West
27.11. „Lateinamerika - Eine Geschichte der Unterdrückung“, Ortsgruppe Wien Süd/Mitte

Ortsgruppen der SOV

Den willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Ortsgruppen der SOV. Oder ruf uns an: 0222/524 63 10

Wien
Ortsgruppe Wien Süd/Mitte: jeden Mittwoch 19 Uhr
„Amelinghaus“ 7; Stiftg.8
Ortsgruppe Wien West: jeden Dienstag 16 Uhr
„Club International“ 16; Deyerg.14
Ortsgruppe Wien Nord: jeden Freitag 19.30 Uhr
„Cafe Spectrum“ 2; Arnezhofersg.8

Oberösterreich - Wels
jeden Samstag 16 Uhr
„Club International“ 16; Deyerg.14
Niederösterreich - Wr. Neustadt
jeden Donnerstag 18.30 Uhr
„Orion Grill“ Kollontschgasse

Kampffonds aktuell



von Sonja Grusch

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben. Wahlkampf: Das Ziel von 65 70.000,- haben wir zu 54,9% erreicht, darüberhinaus konnten 1236 Zeitungen verkauft werden - an Spitzentagen bis zu 50 Stück. Bei einem Spendenaufruf kamen 65 11.374,- herein. Ein gutes Ergebnis - trotzdem sind noch Rechnungen offen. Daher: Ziel bis Ende Jänner: 65 100.000,-

SOV Abo-Karte

Die Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die SOV ausbeutet - für Sozialismus! Wir haben in mehreren Bundesländern Ortsgruppen die sich wöchentlich treffen und geben außerdem das monatliche Vorwärts heraus.

- Das neue Vorwärts gefällt mir, deshalb möchte ich:
Eine Probenummer gratis
Ein Vorwärts-Abo für:
5 Nummern zu 65 50,- (inkl. Porto)
10 Nummern zu 65 100,- (inkl. Porto)
10 Nummern zu 65 100,- (inkl. Porto)
10 Nummern zu 65 200,- (inkl. Porto)
Stück Vorwärts zum Weiterverkauf (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
Außerdem interessiere ich mich für die Arbeit der SOV und möchte:
Veranstaltungen eingeladen werden
Eure Materialiste (Bücher, Broschüren, T-Shirts,...)
Mitglied der SOV werden!



Deutschland

Oppositionelle ÖTV'ler

In der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, der ÖTV, gärt es. „Wir können den Kurs der ÖTV-Führung nicht mehr hinnehmen. Wir setzen auf Gegenwehr statt auf Co-Management. Wir wollen eine Alternative zur derzeitigen Führung aufbauen, Druck auf die Funktionäre ausüben und Initiativen zur Gegenwehr ergreifen“, stellen die Teilnehmer von aktivem ÖTV-Netz 1992 gegen den Willen der Mehrheit der Mitglieder abgebrochen wurde, hat vielen Postlern, Krankenschwestern, Busfahrern, etc. gezeigt, daß es notwendig ist, sich auch gegen die „eigene“ Führung zu wehren. Ein erster Schritt ist getan.

Europa

Proteste gegen Kürzungspolitik

Nach den Streiks in Frankreich im Winter '95 gibt es jetzt wieder eine Protestwelle gegen Maastricht und die damit verbundenen Kürzungen. Das Europa der Konzerne soll auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten errichtet werden, Staatsbudgets auf Kosten der sozial Schwachen saniert werden. In Spanien, Frankreich, Italien, Spanien... waren hundertaufende auf der Straße, um sich dagegen zu wehren.

Mexiko

Konferenz der EZLN

Tausende Delegierte kamen aus internationalen Konferenz der Zapatisten (EZLN) gegen Neoliberalismus teilzunehmen. Die EZLN hatte sich nach dem Aufstand 1993/94 eine starke Basis unter den Bauern und der indigenen Bevölkerung geschaffen und hatte unter großen Teilen der internationalen Linken Unterstützung gefunden und Hoffnung genährt. Es fanden zwar eine Reihe von Diskussionen statt, aber anstatt Sozialismus als wichtige Idee und Alternative zu verteidigen, wiederholten große Teile der Teilnehmer die von der EZLN-Führung vorgegebene Linie, daß „etwas Neues“ notwendig sei. Aber dieses „Neue“ bestand aus nicht viel mehr als dem Aufruf zu alternativen Demokratieförmern.

Die EZLN hat versucht, die Unterstützung von radikalen Intellektuellen zu erhalten. O.K. - aber sie haben das als Alternative zur Unterstützung der Arbeiterklasse gesehen. Seit 1994 gibt es in den mexikanischen Städten Massendemonstrationen und Streiks gegen die PRI-Regierung und ihre Wirtschaftspolitik. Das wäre die wichtigste Unterstützung. Trotzdem - ein wichtiger Schritt für linke, internationale Zusammenarbeit!

USA: Präsidentschaftswahlen

Wen sollen die Arbeiter wählen?

Es war einmal ein, aus den Reihen der „fortschrittlichen“ Demokraten stammender US-Präsident, der wurde von der internationalen Sozialdemokratie als neue Hoffnungsgestalt gesehen. Seine Gewinnsuche wurde zum neuen Idealbild sozialdemokratischen Denkens und Handelns hochgehoben. Doch je länger er in Amt war desto mehr „vergaß“ er, was er einst versprochen und wofür er eingestanden war - und schon nach kurzem war er von seinen reaktionären Gegnern nicht mehr zu unterscheiden.

von Gustav Nowotny, SOV-Ortsgruppe Wien Nord

So oder so ähnlich läßt sich die zunehmende an rechts-konservativ-republikanische Inhalte und Forderungen angenäherte Politik des US-Präsidenten Clinton beschreiben. Würde Clinton vor seiner Wahl noch als Reform- und Hoffnungsträger sozial schwächerer Schichten gesehen, so wurden gerade letztere mittlerweile eines Besseren belehrt. Dem internationalen Trend folgend, versucht Clinton permanent, seine konservativen Gegner rechts zu überholen. Beispiele gefällig? Clinton unterzeichnete - nach vorher dreimal verberwickelt ausgesprochenen „Veto“ - die „Welfare Bill“ - eine Gesetzesvorlage, der zufolge das ohnehin magere Wohlfahrtsprogramm der USA zur absoluten Lächerlichkeit zusammengeschrumpft und gekürzt werden soll. Ca. 35 Millionen US-Bürger sollen damit vor dem finanziellen Ruin gerettet. Ihnen soll höchstens noch für zwei Jahre in Folge Sozialhilfe gewährt werden, in ihrem gesamten Leben sollen sie allerhöchstens fünf Jahre lang Anspruch auf Sozialhilfe haben.



Gingrich, Clinton, Dole: Wie groß ist der Unterschied wirklich?

Setzen vor vier Jahren noch viele Arbeiter in die USA Hoffungen in Clinton, ist heute klar, daß er auf der anderen Seite steht. Aber gibt es eine Alternative?

Die „Labor Party“ - Licht am Ende des Tunnels?

Die längste Zeit über hatte die amerikanische Arbeiterklasse tatsächlich keine sie vertretende Partei. Die Demokratische Partei sind Unternehmerorganisationen. Trotzdem unterstützen die Führungen der meisten US-Gewerkschaften nach wie vor die Demokraten. Doch es gibt einen zunehmend wichtigen auszumachenden Silberstreifen am Horizont: Vom 6. bis 9. Juni '96 fand in Cleveland (Ohio) die Gründungskonferenz der „Labor Party“ statt, an der auch Labor Militant der US-Schwesterorganisation der SOV, beteiligt war. Diese „Labor

Party“ wird derzeit von 9 Gewerkschaften (darunter die Öl-, Chemie- und Atomarbeitergewerkschaft, die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, der Bergarbeiter usw.) unterstützt, welche insgesamt 1-2 Millionen Arbeitnehmer (8 % der USA-Bevölkerung) repräsentieren. Es wurde ein 16-Punkte-Manifest verabschiedet, das unter anderem Forderungen nach der 32-Stunden-Woche und einem Mindestlohn von 10 US \$ enthält und das, kurz gesagt, den Bedürfnissen der amerikanischen Arbeiterklasse entsprechen soll und hoffentlich auch wird. Denn, so Robert Wagner von der Öl-, Chemie- und Atomarbeitergewerkschaft: „Wir betrachten die Demokraten und Republikaner so ähnlich wie Zahn- und Kopfschmerzen, beide gleich schmerzvoll, so daß es keinen wirklichen Unterschied zwischen ihnen gibt, für die Leidenden - für die arbeitenden AmerikanerInnen.“

Afghanistan

USA stützt Fundamentalisten

In Afghanistan tot schon seit Jahren Krieg und Bürgerkrieg. Ende September haben die radikalen Taliban-Milizen (Koranschüler mit militärischer Ausbildung) die Hauptstadt Kabul eingenommen und einen islamischen Gottesstaat ausgerufen. Nach ihrer erzwungenen Ordnung werden Dieben Hände und Beine amputiert, „Ehbrecher“ durch Steinigung getötet und Frauen wird jedes öffentliche Leben verboten.

von Claudia Sorger, SOV-Ortsgruppe Wien Ost

Noch vor zwei Jahren waren die Taliban weitgehend unbekannt. Ende 1994 begannen die Glaubenskrieger ihren ersten Feldzug. Inzwischen sind sie zu einer ernstzunehmenden militärischen Kraft geworden. Ohne fremde Hilfe wäre ihnen das allerdings niemals gelungen. Großmachtliche Interessen haben schon in den letzten 20 Jahren die Entwicklungen in Afghanistan geprägt.

Nachdem 1979 die sowjetische Armees in Land einmarschiert war, um das nicht-islamische Regime von Najibullah zu stützen und den eigenen Einfluß in der Region zu stärken, wurde der afghanische Widerstand von den USA durch Geld und Waffen massiv unterstützt. 1992 kamen die sieben fundamentalistischen Mujahedin-Fraktionen an die Macht und begannen sofort, sich untereinander zu bekriegen. Die USA interessieren sich nach Beendigung des Kalten Krieges erst wieder für Afghanistan, als es für sie wirtschaftlich interessant war. Wie brutal die Fundamentalisten gegen die Bevölkerung, vor allem gegen die Frauen, vorgehen, hat die USA nie gekümmert. Auch im jetzigen Konflikt zeigt sich eindeutig, wie Profite das politische Handeln bestimmen. Pakistan war das erste Land, das die Taliban als die neuen, legitimen Machthaber in Afghanistan anerkannt und eines ihrer Mitglieder als neuen Botschafter Afghanistans bevollmächtigt hat. Pakistan ist wirtschaftlich von offenem Handelswegen nach Zentralasien abhängig und die Taliban haben ihnen dabei schon wertvolle Dienste erwiesen. So ist es naheliegend, daß Pakistan sich in ihrer Macht bestärkt.



Die Herrschaft der Reaktion

Pakistan war das erste Land, das die Taliban als die neuen, legitimen Machthaber in Afghanistan anerkannt und eines ihrer Mitglieder als neuen Botschafter Afghanistans bevollmächtigt hat. Pakistan ist wirtschaftlich von offenem Handelswegen nach Zentralasien abhängig und die Taliban haben ihnen dabei schon wertvolle Dienste erwiesen. So ist es naheliegend, daß Pakistan sich in ihrer Macht bestärkt. Die USA haben sich zu der neuen Situation in Afghanistan eher positiv geäußert. Zwar zeigte man sich „besorgt“ über Menschenrechtsverletzungen und die Fundamentaristen, doch wurde bereits ein Diplomaten zur „neuen Regierung“ geschickt, um zu prüfen, ob die Botschaft wiedereröffnet werden soll. Denn ein breitedreites (stabiles) Land ist für sie von Vorteil - egal wer regiert! Es geht um die Interessen der kalifornischen Unocal Corporation, einer der wichtigsten Erdöl- und Erdgaszentren weltweit. Vor zwei Jahren eröffnete die Firma eine Niederlassung in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad, von wo aus sie gemeinsam mit der saudiarabischen Delta Oil die Bodenschätze in Zentralasien auszubuten begonnen hat. Investiert wurden dabei rund vierzehnhundert Millionen US-Dollar. Vier Tage nach dem Einmarsch der Taliban in Kabul sagte Chris Taggart, Vizepräsident der Unocal: „Die neue Situation in Afghanistan ist positiv. Wenn die USA die Taliban als neue Regierung anerkennen, wird das neue Investitionen anziehen.“ Es wird vermutet, daß ein Teil der Investitionssumme von Unocal und Delta Oil direkt oder in Form von Know-how und Waffen dem pakistanischen Armeegediensteinstützungen wurde, damit dieser die Taliban ausrüstet und ausbildet. Daraus folgt, daß die Talibanmilizen, wie früher die Mujahedin, ein militärisches Geschäft Pakistans mit den USA und Saudiarabien sind. Die Ablehnung der sowjetischen Besatzung haben den wirtschaftlichen Probleme und die Aufstiege der Fundamentaristen gestützt. Aber ihre reaktionären Ideen sind ein Rückschritt für die afghanische Bevölkerung.

Burschenschafter Nein Danke!

Für Samstag, den 30. November laden Österreichs rechte Burschenschaften wieder einmal zu einem Aufmarsch und einem Polit-Saufgelage, einem sogenannten Kommers. Nach dem Innsbrucker Kommers vor 2 Jahren in dessen Umfeld der Antifaschist Harald Hanisch tot aufgefunden wurde, geben sich die Burschenschafter diesmal in Wien ein Stelldichein.

von Michi Bonvalot,
SOV-Ortsgruppe Wien-Nord

In der September-Ausgabe der FPÖ-nahen Zeitung "Aula" war eine Voreinladung abgedruckt. Motto des Ganzen mit sinnigem Titel: "1000 Jahre Ostarrichi - Österreichs Beitrag zur deutschen Geschichte und Gegenwart". Als Aufrufer firmieren die Deutsche Burschenschaft (DB), der Ring volkreuer Verbände und die Freirechtlichen, alle im Namen des sogenannten "3. Lagers", einem Synonym für die Deutschnationalen. Als Auftakt sollte in der Uni Wien eine Podiumsdiskussion stattfinden - als Veranstalter der "Ring freirechtlicher Studenten". Angekündigt wurden so illustre Gäste wie der 3. Nationalratspräsident Brauneder. Er scheint in jüngeren Aussendungen nicht mehr auf und wurde durch den rechten Historiker Ernst Nichte ersetzt, der meint, daß die Verbrennen des Nationalsozialismus nur legitime Verteidigungshaltungen gegen "die rote Gefahr des Bolschewismus" gewesen seien. Weiters ist der Soziologie Girler angesagt, der immer wieder als pseudoliberaler Feigenblatt bei rechten Veranstaltungen dient. Als Abrundung soll der, laut Eigendefinition "national-liberale", Historiker Hobelt (Burschenschaft Maria Wien) aufmarschieren. Er ist Autor des Buches "Molotov-Müsil", das helegen soll, daß die Grünen eine "Melonenpartei" - außen grün, innen rot - seien.

Im Anschluß an die Diskussion hätte es einen Festzug von der Uni zur Hofburg geben sollen. Danach sollen (falls wir es nicht verhindern können) ab 18.00 Uhr eine Kranzniederlegung am äußeren Burgtor und als Höhepunkt ab 20.00 Uhr der Kommers in der Hofburg mit Festredner Jürg Haider (Burschenschaft Albia

und Ischl und Silviana Wien) stattfinden.

Doch erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Da die antifaschistische Arbeit kommt die Podiumsdiskussion in der Uni Wien verhindert werden. Statt dessen findet

Empfang unter Ehrenschutz von OVP-Landeshauptfrau Klässle geplant. Beim Saufen am Abend des 26. werden wohl auch die letzten Details für Wien vorbereitet.

Nachdem es jahrelang rund um die rechten Burschenschafter relativ ru-



Burschenschaften und Turnerbund beim demonstrieren rechter Ideen

am 30.11. ein antifaschistisches Symposium in der Universität statt. Wohin die Diskussion verlegt wird, wo wir letztendlich teilnimmt, war zu Redaktionsschluß noch nicht klar. Auch der Farbenbummel wird höchstwahrscheinlich in dieser Form nicht über die Bühne gehen. Bleibt der Kommers in der Hofburg, vor die wir alle AntifaschistInnen herzlich einladen wollen. Auch hier ist leider noch nicht klar, wer schlüssend teilnimmt. Aufgrund all dieses wird leider auch Ort und Termin der Gegenmobilisierung erst relativ spät bekanntgegeben werden.

Als "Generalprobe" soll am 26.10. (Nationalfeiertag) in Graz ebenfalls ein Kommers stattfinden. Motto: 996 - 1996, Ostarrichi: Geschichte und Gegenwart. Am 25. ist zusätzlich ein

big war, befindet sich die Szene offensichtlich - wohl auch im Sog des permanenten Aufstiegs von Bundesbruder Haider - wieder im Aufwind. Innsbruck war der erste Versuch eines wieder verstärkten Auftretens. Er kann allerdings für die Rechten aufgrund der massiven Gegenmobilisierung und der damit verbundenen geringen Teilnehmerzahl (1000 statt erwarteter 3000) nicht als Erfolg gewertet werden. Nun soll das Kunststück wohl in Wien gelingen. Gemeinsam mit anderen AntifaschistInnen werden die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) versuchen, dieses erkonservative Treffen zu verhindern.

Infos unter:
0222/524 63 10

Wissenswertes über...

...die Burschenschaften:

Die Burschenschaften, insbesondere die schlagenden, d.h. diejenigen die Messuren fechten (= sich selbst verstümmeln), sind eine wichtige Kraft im rechtsextremen Lagers. Historisch sind die Burschenschaften nach einer ganz kurzen national-demokratischen Periode bereits um die 20er Jahre des 18. Jhdts. im rechten Fahrwasser gelandet. In den 20ern dieses Jahrhunderts wurde der weitere Werdegang der rechten Recken endgültig festgelegt. Viele von ihnen waren von Anfang an bei den NS bis 1933 waren bereits 80 % der österreichischen Burschenschafter NSDAP-Mitglieder. Im Faschismus waren die Burschenschafter entweder brave Nazis oder Mitglieder konkurrierender faschistischer Fraktionen und nach dem Krieg sortiert Nazis wie Norbert Burger für durchgehende Kontinuität.

Heute kommt ihnen wieder eine wichtige ideologische Bedeutung zu. Der RFS wird von ihnen dominiert, und auch viele VAPÖ-Kader haben eine burschenschaftliche Vergangenheit. Durch die Tatsache, daß viele der alten Herren der Burschenschaften in späteren Jahren wohlbetucht sind, und großzügig Geld spenden, können die Burschenschaften weit über ihre Mitgliederzahl hinaus aktiv werden. So gehören der Teutonia, einer einjährig bekannten Burschenschaft, 2 Häuser in Wien, wo Studenten billig wohnen können. Einmal dort, läßt die Rekrutierung wohl nicht lange auf sich warten.

...die am Kommers beteiligten Gruppen:

Deutsche Burschenschaften (DB): Die schlagenden österreichischen Burschenschaften sind in der DBÖ (Deutsche Burschenschaften in Österreich) organisiert, 13 von ihnen gehören direkt den deutsch-österreichischen DB an. Vorsitzende Burschenschaft der DB ist die mehrfach verbotene Wiener Burschenschaft Olympia ("Der rechte Weg"), deren Altherrenriege ein Who-is-who der rechtsextremen Szene darstellt. Als Beispiel sei nur der vier zu spät verstorbene Südtirol-Terrorist und NDP-Führer Norbert Burger genannt. Die Olympia sorgt sich derzeit vor allem um "Gesinnungsurteile" gegen Kissel und Co, die "Unterverwanderung des deutschen Volkskörpers durch Ausländer" und um das Gelingen ihrer Erstemstrigen-Feste ("Es gibt Spaß mit rassistischen Witzem...").

Ring volkreuer Verbände: Der Ring ist ein Dachverband des rechtsextremen Lagers bestehend aus Vertretern der Freirechtlichen Akademikerverbände und anderer nationaler Gruppen. Vorsitzender ist Walter Seuch, selbst FPÖ-Funktionär.

Ring freirechtlicher Studenten: von Burschenschaften dominierte FPÖ-Truppe auf der Uni. Die RES-Zeitung "Der Ring" ist immer wieder dick da, wenn es darum geht, Informaldown über und Adressen von linken Gruppen zu nennen. Daneben zeichnet sich "Der Ring" durch ein ausgeprägtes rassistisches Weltbild aus.

30.11.96: Protestdemo gegen Burschenschafterkommers in Wien